

## Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion

Geschäftsbereich Recht Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus

 $\begin{array}{lll} \text{Telefon:} & 4000\text{-}82331 \\ \text{Telefax:} & 4000\text{-}99\text{-}82310 \\ \end{array}$ 

e-mail: post@mdv.magwien.gv.at

DVR: 0000191

Wien, 16. Mai 2007

MD-VD - 659/07

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Insolvenzrechtseinführungsgesetz und die Konkursordnung geändert werden (Schuldenberatungs-Novelle - Schu-Nov); Begutachtung;

Begutachtung; Stellungnahme

zu Zl. BMJ-B13.212/0002-I 5/2007

An das

Bundesministerium für Justiz

Zu dem im Betreff angeführten Gesetzentwurf wird im Einvernehmen mit dem Unabhängigen Verwaltungssenat Wien folgende Stellungnahme abgegeben:

Die - vor allem in Wien - steigende Zahl an Schuldenregulierungsverfahren zeigt den dringenden Bedarf an kompetenten, seriösen und auch unentgeltlichen Schuldenberatungsstellen.

- 2 -

Die im Entwurf vorgesehene Kennzeichnung von staatlich anerkannten Schuldenbera-

tungsstellen ist daher jedenfalls zu befürworten. In diesem Zusammenhang wird je-

doch darauf hingewiesen, dass durch die Anerkennung und die Führung des Bun-

deswappens der Eindruck erweckt werden könnte, dass bei diesen Beratungsstellen

auch eine gewisse Qualität der Beratung und Vertretung von staatlicher Seite sicherge-

stellt ist.

Daher wird vorgeschlagen, für die Ausübung dieser Tätigkeit gewisse Mindestanforde-

rungen festzulegen, wie z. B. bezüglich der Ausbildung bzw. Berufserfahrung der Mit-

arbeiter.

Im Übrigen sollte zur Sicherstellung der sprachlichen Einheitlichkeit im Einlei-

tungssatz von § 12 Abs. 1 statt "zu bevorrechten" das Wort "anzuerkennen"

verwendet werden.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Andreas Wostri

Mag. Michael Raffler Senatsrat

Ergeht an:

- 1. Präsidium des Nationalrates
- 2. alle Ämter der Landesregierungen
- 3. Verbindungsstelle der Bundesländer
- 4. MDZ (zu MDZ 969/2007 Tie)